



SOLIDARITÄT MIT DEN HUNGERSTREIKENDEN FLÜCHTLINGE IN WÜRZBURG

Beteiligt euch an die Fax- und Emailkampagne!

Verbreitet diese, organisiert Informationsveranstaltungen und Aktionen in eurer Stadt!

- **Versuche der Würzburger Stadtverwaltung den Protest zu beenden**
- **Residenzpflicht als Vorwand für die Zerschlagung des Protestes**
- **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge muss die Asylanträge bearbeiten**

Wuppertal, 18. Juni 2012

Erneut versucht die Stadt Würzburg den Protest der streikenden Flüchtlinge gegen die menschenverachtenden Asylgesetze, gegen die miserablen Lebensbedingungen in Isolationslager und gegen die Residenzpflicht zu brechen. Der kollektive Streik und mittlerweile drei Monate andauernder Protest der Flüchtlinge für das Recht auf politisches Asyl ist berechtigt und ein Vorbild für die gesamte Flüchtlingsbewegung in Deutschland. Wir vergessen nicht den Anlass des Protestes. Der Tod Mohammed Rahsepars berührte seine Nachbarn und Freunde im Isolationslager in Würzburg.

Der Wille und die Entschlossenheit der Flüchtlinge sind bisher einmalig. Die Stadt Würzburg sieht die einzige Chance auf die Beendigung des Protestes durch bürokratische Auflagen und Anwendung des kolonialen Apartheidgesetzes, nämlich die Residenzpflicht.

Mittlerweile distanzieren sich verschiedene Gruppen und Einzelpersonen von der gewählten Aktionsform der Flüchtlinge. Sie haben am 4. Juni 2012 einen dritten Hungerstreik begonnen. Sie haben sich die Lippen zugenäht. Sie können nicht Jahre warten, bis sich vielleicht die Asylgesetze ändern. Sie können nicht in Isolationslager verharren, bis das eingeschränkte Leben und die Erniedrigungen sie mental und physisch zerstören. Sie haben das Recht ihre Aktionen selbst zu bestimmen.

Wir rufen alle auf, den Protest der streikenden Flüchtlinge in Würzburg voll zu unterstützen. Kritisiert die Stadt Würzburg, die den Protest durch bürokratische Auflagen unterminiert und sich auf reaktionäre und obsolekte koloniale Gesetze bezieht. Schreibt dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und fordert diesen auf, das Recht auf politisches Asyl der protestierenden anzuerkennen.

Mit diesem Aufruf erhaltet ihr

- einen kurzen Überblick des bisherigen Protest in Würzburg,
- eine Solidaritätserklärung der KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen,
- einen Musterbrief an die Stadtverwaltung Würzburg,
- einen Musterbrief an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Organisiert Informationsveranstaltungen und Solidaritätsaktionen in euren Städten vor Ort. Verbreitet diesen Aufruf und sendet Musterfaxe an die Stadtverwaltung Münster und an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Besucht die Freundinnen und Freunde in Würzburg und schreibt Berichte. Macht eure Delegationsbesuche öffentlich.

Macht eure Solidarität öffentlich und sichtbar.

Unterstützt den zivilen Ungehorsam der Flüchtlinge in Würzburg

Solidarität verbindet uns im praktischen Kampf um unsere Rechte.



Aus der Rede von Arash Dosthossein, gehalten auf der Demo vom 12.5.12

*...als Asylbewerber wird das Menschsein an ein Dokument geknüpft.
Mit diesem Blatt Papier wird aus ihm im Herzen eines Europas des 21. Jahrhunderts ein Bürger zweiter Klasse.*

Habt ihr mit mir Tag und Nacht auf der Straße verbracht oder mit diesem Blatt Papier?

Habt ihr mit mir euer Essen geteilt oder mit diesem Blatt Papier?

Habt ihr mit mir Freud und Leid erfahren, geweint und gelacht, oder mit diesem Blatt Papier?

Habt ihr um Trost zu spenden mich in die Arme genommen oder dieses Blatt Papier?

Mein Menschsein bin ich durch mich und nicht durch dieses Dokument.

Ich bin die Stimme Mohammad Rahsepars. Die menschenunwürdige Situation von Asylbewerbern in Deutschland hat ihn in den Selbstmord getrieben.

Ich bin die Stimme aller Asylbewerber, die aus Angst vor negativen Einfluss auf ihr Asylverfahren nicht mal in unsere Nähe kommen.

Ich bin die Stimme aller Isolierten in den Asylbewerberheimen, die gezwungen sind, die menschenunwürdige Situation in der GU zu ertragen.

Aber ich bringe mich nicht um und ich ertrage die menschenrechtsverletzende Situation von Asylbewerbern nicht länger! Ich fordere, dass sich der Umgang mit Asylbewerbern ändert!



Kurzer Überblick über den bisherigen Protest in Würzburg

Am 29. Januar 2012 erhängte sich Mohammad Rahsepar, ein iranischer Flüchtling, im Isolationslager für Flüchtlinge in der ehemaligen Emery-Kaserne in Würzburg.

Menschenunwürdig - wie Flüchtlinge in Deutschland kaserniert werden

Monitorbeitrag vom 15.09.2011 über die Emry-Kaserne

<http://www.wdr.de/tv/monitor/sendungen/2011/0915/asyl.php5>

Am 18. März beschließen sein Zimmernachbar und sieben weitere iranische Flüchtlinge aus dem oben genannten Lager für ihr Recht auf Asyl und für die Verbesserung der Lebensbedingungen in den deutschen Isolationslagern in den Streik zu treten. Am 19. März treten sie geschlossen in den Hungerstreik: *„Der Selbstmord Mohammad Rashepars, welcher sich am 29.01.12 in Würzburg ereignete, ist nur ein Beispiel dafür, wozu einen solche Umstände treiben. Wenn ein deutscher Staat derlei menschenverachtende Lebenssituationen billigend in Kauf nimmt, werden wir es fortan bevorzugen, unseren Weg in den Tod in aller Öffentlichkeit zu gehen.“*

1. Pressemitteilung der streikenden Flüchtlinge in Würzburg

vom 19.03.2012: <http://gustreik.blogspot.eu/allgemein/erste-pm>

Am 17. Tag des Hungerstreiks fand im Würzburger Rathaus ein Gespräch zwischen den mittlerweile zehn protestierenden Flüchtlingen und Vertretern des bayrischen Sozialministeriums, der Regierung Unterfranken, und dem Vizepräsidenten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Herrn Dr. Griesbeck statt. 17 Tage mussten die Flüchtlinge hungern, damit man sie hörte. Der Vertreter des BAMF versprach die Asylanträge der Flüchtlinge zu überprüfen. Das bayrische Sozialministerium versprach die Lebensbedingungen der Flüchtlinge in Bayern zu verbessern. Konkrete und feste Zusagen wurden nicht gemacht.

7. Pressemitteilung der streikenden Flüchtlinge in Würzburg

vom 4.04.2012: <http://gustreik.blogspot.eu>

Die Stadt Würzburg verbietet den streikenden Flüchtlingen einen Zelt zum Übernachten aufzustellen. Sie ziehen vor das Gericht. Am 19. April 2012 weist das Verwaltungsgericht Würzburg die Beschwerde der Iraner ab. Am 20. April schließt sich der Bayrische Verwaltungsgerichtshof dem an. Der Protest muss gebrochen werden. Doch die streikenden iranischen Flüchtlinge in Würzburg starten eine Unterschriftenaktion und treten am 30. April in den zweiten Hungerstreik: *„Da die Verantwortlichen des BAMF ihr Versprechen nicht eingehalten haben und entsprechende Politiker die Thematik weiterhin ignorierten, kämpfen wir weiter für unsere Ziele – die Anerkennung als politische Flüchtlinge und die Änderung bestehender Asylgesetze und menschenverachtender Bedingungen für Asylsuchende in Bayern und in Deutschland.“*

14. Pressemitteilung der streikenden Flüchtlinge in Würzburg

vom 30.04.2012: <http://gustreik.blogspot.eu>

Das Bundesamt erkennt Anfang Mai vier der Flüchtlinge als politische Flüchtlinge an. Ein fünfter darf nicht abgeschoben werden. Die Iraner setzen ihren Hungerstreik aus, protestieren aber weiter.

17. Pressemitteilung der streikenden Flüchtlinge in Würzburg

vom 9.05.2012: <http://gustreik.blogspot.eu>

Mitte Mai legt die Stadt Würzburg neue Auflagen fest. Ziel ist die Schwächung des Protests. Der Protest wird auf die Zeit zwischen 6 und 22 Uhr begrenzt. Die Flüchtlinge sollen maximal drei Stühle, ein Bett und ein Tisch benutzen. Die Flüchtlinge ziehen wieder vor Gericht. Am 15. Mai hebt das Verwaltungsgericht die



zeitliche Beschränkung auf. Alle anderen Auflagen der Stadt bestätigt es aber. Am 17. Mai wird in einer stundenlangen mündlichen Verhandlung vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof ein Kompromiss geschlossen. Die Flüchtlinge dürfen fortan nur drei Feldbetten, sechs Stühle und zwei Tische benutzen.

Am 4. Juni 2012 nähern sich zwei der Flüchtlinge die Lippen und treten in den Hungerstreik. Weitere folgen später. Aktuell, am 18. Juni 2012 befinden sich 9 Flüchtlinge im Hungerstreik, sieben haben ihre Lippen zugenäht. Die Namen der hungerstreikenden Flüchtlinge sind:

- Herr Ajin Assadi, Flüchtling aus Würzburg
- Herr Arash Dosthossein, Flüchtling aus Grafrath
- Herr Reza Feizee, Flüchtling aus Aub
- Herr Mohammad Hassanzade Kalali, Flüchtling aus Cham
- Herr Soheil Hatamikia, Flüchtling aus Würzburg
- Frau Mandana Hemmat Esfeh, Flüchtling aus Bayreuth
- Herr Armin Jahanizadeh, Flüchtling aus Würzburg
- Herr Mohsen Mashhadi, Flüchtling aus Aschaffenburg
- Herr Mehdi Sajadi, Flüchtling aus Augsburg

Die Flüchtlinge haben sich die Lippen zugenäht, weil nichts passierte. Drei Monate des Protests haben keine Veränderung der bayrischen Flüchtlingspolitik bewirkt. Drei Monate des Protests und immer noch sind einige der Flüchtlinge nicht anerkannt.

Nun übt die Stadt Würzburg wieder Druck aus. Alle Flüchtlinge aus anderen Landkreisen sollen wieder zurück in ihre zugewiesenen Landkreise. Den Flüchtlingen soll mit der Residenzpflicht, ein koloniales Gesetz, die freie Meinungsäußerung und das Recht auf Demonstration entzogen werden. Die Zahl der Betten und Stühle soll weiterhin begrenzt werden. Die ermüdeten Körper der streikenden Flüchtlinge sollen keine Gelegenheit finden, sich zu erholen. Die Flüchtlinge, die sich die Lippen zugenäht haben, sollen nicht mehr an dem Protest beteiligen. Die deutsche Verwaltung will durch den Druck die Flüchtlinge dort haben, wo sie sie am besten isolieren und zerstören kann: in den Isolationslager weit ab von der Öffentlichkeit.



Hoch lebe euer Protest und Widerstand!

Solidaritätserklärung der KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen mit den protestierenden Flüchtlingen in Würzburg!

14. Juni 2012

Freunde und Freundinnen in Würzburg,

wir verfolgen seit Mitte März euren einmaligen und öffentlichen Widerstand in Würzburg. Wir haben zuvor vom Tod eures Freundes Mohammad Rahsepar gehört. Er ertrug die Leiden im Isolationslager in der ehemaligen Emery-Kaserne nicht mehr.

Viele kannten bereits die menschenverachtenden Zustände in Flüchtlingslagern. Viele wussten über die in der Emery-Kaserne angewendeten Zermürbungsinstrumente. Die Sendung Monitor hatte am 15.09.2011 einen Beitrag über das Isolationslager ausgestrahlt. Dort hieß es: „Reden auch wir über Menschenrechte. Das tun ja zurzeit viele, vor allem Politiker, wenn sie die Freiheitsbewegungen in Tunesien, Ägypten, Libyen oder Syrien bewundern. Aber was ist mit den Rechten dieser Menschen, wenn sie hier bei uns, in Deutschland, landen?“ Dass Berufspolitiker gerne über Menschenrechte reden, vor allem dann, wenn es um die ökonomischen Interessen der großen Konzerne geht, wissen wir. Aber was ist mit all den anderen in dieser Gesellschaft, was ist mit den Nachbarn?

Etwa vier Monate nach der Monitorsendung nahm sich Mohammad Rahsepar das Leben. Er hatte keine Rechte und wusste keinen Ausweg. Obwohl viele die Zustände durch den Beitrag aber auch durch die ständigen Proteste der Flüchtlinge in den letzten 20 Jahren kannten, hat sich nichts geändert. Die Regierenden herrschen weiter und das Morden geht weiter. Mohammad Rahsepar nahm sich das Leben. Er war nicht der Erste und er wird nicht der Letzte sein. Zahlreiche Flüchtlinge nahmen sich das Leben, sondern wurden getötet bei Abschiebungen, durch Verweigerung von medizinischer Versorgung oder durch rassistische Polizeiübergriffe. Oury Jalloh ist der bekannteste unter ihnen. Er wurde barbarisch in Dessau in einer Polizeizelle verbrannt.

Aber viele andere von uns sterben, obwohl sie noch leben. Die Minuten in den Lagern dehnen sich aus zu Jahren und plötzlich wachen wir auf nach zehn Jahren und merken, es ist keine Liebe mehr da, die Welt ist grau und alles ist gleichgültig. Wie viele Brüder und Schwester haben wir in Isolationslager an den unterschiedlichsten Orten in Deutschland gesehen. Wie viele Kinder, die ihre Jugend zwischen Zaun und Isolation und Abschiebung verloren haben.

Alles geht weiter und das Schweigen in der Gesellschaft drückt. Euer Protest aber reißt ein Schrei durch diese Stille! Eure Aktionen zeigen vielen Menschen in dieser Gesellschaft, welche Repressionen ausgeübt werden. Eure Geradlinigkeit und Entschlossenheit bringt den Krieg gegen Flüchtlinge klar zum Ausdruck. Einige von euch haben sich die Lippen zugenäht, um das Leiden von allen Flüchtlingen hier in Deutschland deutlich zum Ausdruck zu bringen. Manche haben gesagt: „Die Änderung der Asylbedingungen benötigte Zeit.“ Wie lange noch? Wie viele noch? Wie viele Schwester und Brüder sollen wir noch verlieren. Wie viele sollen wir zurücklassen im Mittelmeer? Wie viele Bekannte, Familienmitglieder, Freundinnen und Freunde sollen wir sterben sehen in den Ländern, die wir verließen?

Ihr kommt aus dem Iran. Viele wissen nicht, dass die islamische Regierung mit Unterstützung der westlichen Industrienationen seine Macht etablierte. Viele mögen vergessen haben, dass im letzten Jahrhundert unsere besten Frauen und Männer in den Kerkern und Hinrichtungsplätze Irans ihr Leben ließen. Dass die einzige Regierung, die uns repräsentierte, 1953 weggeputscht wurde, um die Ausbeutung fortzuführen. Es war nicht das erste Mal im letzten Jahrhundert, dass imperialistische Staaten die Bewegungen gegen Unterdrückung und Fremdherrschaft niederschlugen. Und nun wollen sie uns die Demokratie lehren? Ihre Demokratie seht ihr hier und offenbart sie allen Menschen. Ihre Demokratie ist Krieg gegen Flüchtlinge, ist Armut durch Hartz-Gesetze und ist Krieg in fremden Ländern.

Wir begrüßen euren Widerstand und tragen eure Botschaft mit uns und verbreitern sie. Dies sind wir allen toten und lebenden Freundinnen und Freunden schuldig.

In Solidarität verbleiben wir.

KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen

Absender

An den Oberbürgermeister der Stadt Würzburg, Herrn Georg Rosenthal

Direktorium, Ruckermainstr. 2, 97070 Würzburg

Telefon: 0931 - 37 22 18

Fax: 0931 - 37 33 73

E-mail: ob@stadt.wuerzburg.de

Sehr geehrter Herr Rosenthal,

wir verfolgen seit dem Tod von Herrn Mohammad Rahsepar die Entwicklungen der Asylpolitik in der Stadt Würzburg. Wir waren nach seinem Tod verwundert, warum er trotz seiner bekannten Krankheit in der miserablen Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge, in der ehemaligen Emery-Kaserne leben musste.

Seit März sind nun seine Freunde und andere iranischen Flüchtlinge aus Bayern in einen öffentlichen Streik getreten. Sie setzen sich für das Recht auf politisches Asyl ein. Sie nutzen ihr Recht auf Meinungsäußerung und protestieren seit dem 18. März ebenfalls für die Verbesserung der Lebensbedingungen für Flüchtlinge und für das Ende der Residenzpflicht ein. Wie Sie vielleicht wissen, geht die Residenzpflicht zurück auf eine nationalsozialistische Polizeiverordnung von 1938 (gültig bis 1965!) und wurde 1982 im Asylverfahrensgesetz erneut festgeschrieben. Dabei wurde gleich das Höchststrafmaß aus der Nazi-Zeit mit übernommen: ein Jahr Gefängnis.

Wir erfuhren durch die Pressemitteilungen der streikenden Flüchtlinge in Würzburg, mit welchen bürokratischen Hürden der Protest belegt wird. Um den Protest zu unterminieren, werden seitens der organisatorisch Ihnen unterstehenden Stadtverwaltung Auflagen festgelegt, um die Flüchtlinge physisch zu schwächen und ihren legitimen Protest für bessere Lebensbedingung zu brechen.

Das Ausländergesetz entrechtet die Flüchtlinge, in dem ihnen Grundrechte abgesprochen werden. Die Aktion der streikenden Flüchtlinge in Würzburg ist ein Akt des demokratischen Engagements, die die iranischen Flüchtlinge im Iran nicht hatten. Was wäre passiert, wenn die selben Menschen im Iran sich für Demokratie eingesetzt hätten? Welchen propagandistischen Mittel wären genutzt worden, um die iranische Regierung zu kritisieren? Hier in Würzburg nutzen sie die noch hier geltenden Gesetze und protestieren. Dabei verstoßen sie aber auch gegen Gesetze wie die Residenzpflicht, das aus einer dunklen Zeit der deutschen Geschichte stammt und auch in den ehemaligen Kolonien zur Anwendung kam. Ist der Protest gegen solche Gesetze nicht die Pflicht jedes aufrechten Menschen? Oder dürfen die entrechteten Flüchtlinge hier nicht protestieren? Warum setzt man sich in der fernen Ukraine für die medizinische Versorgung von Frau Timoshenko ein und hier versucht man die hungerstreikenden Flüchtlinge physisch zu schwächen, in dem man ihnen verweigert, in ihrem Protestzelt Stühle und Betten zu benutzen? Warum berufen Sie sich auf die Residenzpflicht, das gegen die universelle Erklärung der Menschenrechte ist?

Wir fordern Sie auf, nehmen Sie Abstand von den Auflagen und verlängern Sie die Genehmigung für den Streik der Flüchtlinge. Schließen Sie die Gemeinschaftsunterkunft in der Emery-Kaserne und nutzen Ihren Spielraum für die dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge.

Mit freundlichen Grüßen

Vorname, Name und Unterschrift

Absender

An das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Herrn Joachim Köhn

Telefon: 0911 - 9433001

Fax: 0911 - 9433003

E-mail: joachim.koehn@bamf.bund.de

Sehr geehrter Herr Köhn,

im Januar haben wir mit Bestürzung vom Tod von Herrn Mohammad Rahsepar gehört. Seit März sind nun seine Freunde und andere iranischen Flüchtlinge aus Bayern in einen öffentlichen Streik getreten. Sie setzen sich für das Recht auf politisches Asyl ein. Sie nutzen ihr Recht auf Meinungsäußerung und protestieren seit dem 18. März ebenfalls für die Verbesserung der Lebensbedingungen für Flüchtlinge und für das Ende der Residenzpflicht ein.

Wir fordern Sie auf, die Asylanträge der streikenden und im Folgenden genannten Personen kritisch zu überprüfen und ihnen das Recht auf politisches Asyl zu gewähren. Die streikenden Personen sind:

- Herr Azhjin Assadi, Flüchtling aus Würzburg
- Herr Arash Dosthossein, Flüchtling aus Grafrath
- Herr Reza Feizee, Flüchtling aus Aub
- Herr Mohammad Hassanzade Kalali, Flüchtling aus Cham
- Herr Soheil Hatamikia, Flüchtling aus Würzburg
- Frau Mandana Hemmat Esfe, Flüchtling aus Bayreuth
- Herr Armin Jahanizadeh, Flüchtling aus Würzburg
- Herr Mohsen Mashhadi, Flüchtling aus Aschaffenburg

Wir werden die Entwicklungen genau verfolgen und mit den streikenden Flüchtlingen in Würzburg engen Kontakt halten. Die Entscheidungen des BAMFs werden wir kritisch überprüfen und analysieren und jede Verletzung der Grundrechte und des Asylrechts in die Öffentlichkeit tragen.

Mit freundlichen Grüßen

Vorname, Name und Unterschrift